



Bundesministerium
für Wohnen, Stadtentwicklung
und Bauwesen



Agenda Stadt grün-blau

Fokusthemenworkshop Grün-Blau statt Grau

Ergebnispapier

10.03.2025

Bearbeitet von

bgmr landschaftsarchitekten

Ergebnispapier

In Städten ist der natürliche Wasserkreislauf durch Überbauung und Versiegelung stark verändert. Viele Oberflächen heizen sich zudem stärker auf als ihre natürliche Umgebung. Die Städte sind daher Hotspots der Hitze. Durch den hohen Anteil an versiegelten Flächen fließt bei Starkregen viel Wasser oberflächlich ab und verursacht Überflutungen und Mischwasserüberläufe mit fatalen Folgen für Menschen und Sachgüter. Gleichzeitig ist das Stadtgrün zunehmend von Hitze- und Dürreschäden betroffen. Regen- und Brauchwasser im urbanen Raum zurückzuhalten, zu speichern und zu nutzen, ist daher zentral für eine wassersensible Stadtentwicklung.

Strategien der wassersensiblen Stadtentwicklung zur Starkregenvorsorge, zur Sicherung eines ausgeglichenen Bodenwasserhaushalts und zur Kühlung des Stadtraumes brauchen Grünflächen. Viele Freiflächen in der Stadt sind versiegelt. Die Mobilitätswende und eine veränderte Bewertung und Priorisierung der Funktionen des öffentlichen Raums erfordern grundsätzlich eine systematische Transformation von grau zu grün-blau.

Wasser wird als Ressource für die Stadt betrachtet und zukünftig im Kreislauf geführt. Anstelle des schnellen Abflusses soll Regen- und auch Betriebswasser nach dem Schwammstadtprinzip zur Hitze- und Dürrevorsorge genutzt werden. Gleichzeitig sollen Risiken der Überflutung und Überschwemmung so gemindert werden. Die Kaskade Speicherung, Nutzung für Bewässerung und Verdunstung und dann erst Versickerung mit möglichst keinem oder geringem Abfluss wird gestärkt. Die Städte werden in Annäherung an die natürliche Wasserbilanz weitgehend abflussarm.

Die wassersensible Stadtentwicklung wird mit einer hohen Nutzungs- und Gestaltungsqualität durch vitales Stadtgrün verbunden. Sie wird als eine interdisziplinäre Gemeinschaftsaufgabe wahrgenommen. Ein solcher Paradigmenwechsel erfordert signifikante rechtliche und instrumentelle Anpassungen. Entsprechend bauen die identifizierten, unter 2. vorgestellten Maßnahmen als wesentliche Stellschrauben auf dem bestehenden, bereits differenzierten Diskurs auf.

Im Workshop wurden mit Vertretern und Vertreterinnen des Bundes, mit Fachverbänden, Institutionen und kommunalen Vertretern und Vertreterinnen prioritär umzusetzende und durch den Bund zu fördernde Maßnahmen diskutiert, die notwendig sind, um die wassersensible Stadtentwicklung in die flächenhafte Umsetzung zu bringen. Dabei standen sieben durch das Projektteam vorgeschlagene prioritär umzusetzende Maßnahmen im Fokus, deren Auswahl mit den Teilnehmenden reflektiert, geschärft und ergänzt wurden.

Vier Impulspositionen

Rüdiger Dittmar als Vertreter der Gartenamtsleiterkonferenz (GALK) stellte heraus, dass Entsiegelung und wassersensible Gestaltung zur Prämisse für alle Planungen und städtischen Flächen werden muss und hierbei naturbasierte Ansätze zu bevorzugen sind. **Andreas Giga** (KlimaWerk) betonte die Notwendigkeit neuer, lösungsorientierter Allianzen, Prozess- und Arbeitsstrukturen. **Lea Nollen** (FLL) fokussierte auf Stellschrauben zum ressortübergreifendem Wissenstransfer, um das Planungswissen zu wassersensibler Ausführung der regelwerksgebenden Institutionen und aus der Forschung an den richtigen Stellen einzubringen. **Peter Heiland** (Infrastruktur und Umwelt) führte aus, dass frühzeitig Ziele und Zielwerte zur Annäherung an

eine natürliche Wasserbilanz festgelegt werden sollten – etwa in gebietsbezogenen Wasserhaushaltsbilanzierungen, um sicherzustellen, dass die entsprechenden Planungserfordernisse auch tatsächlich frühzeitig in allen Planungsprozessen und Fachplanungen berücksichtigt werden.

Grundsätzliche Hinweise auf dem Weg in die Umsetzung

Bestandsumbau zur Schwammstadt fokussieren

Es besteht die Notwendigkeit, im Bestand so zu optimieren, dass die Bewässerung von Bestandsbäumen gesichert wird, beispielsweise mithilfe des Stockholmer Modells. Besonders in Bestandsgebieten sind Maßnahmen des Umbaus (z.B. abflussarme Quartiere schaffen) zwingend mit Maßnahmen der Wasserversorgung, Hitze und Dürrevorsorge für das vitale Grün nach Prinzipien der Schwammstadt zusammenzuführen.

Pflege, Finanzierung und Governance in den Blick nehmen

Komplexe Regenwasserlösungen wie sie etwa bei grundstücksübergreifenden Lösungen (GÜL) erarbeitet werden, sollten durch Anreize und Unterstützungen bei der Finanzierung und Pflege gefördert werden. Insgesamt müssten Finanzierungsfragen und entsprechende Verantwortlichkeiten/ Governance-Aspekte auch jenseits von Fördermitteln adressiert werden. Es bedarf einer langfristigen gesicherten Finanzierung für naturbasierte Regenwasserlösungen, wie der Finanzierung über (Abwasser-) Gebührenordnungen. Weitere geeignete Geschäftsmodelle sollen entwickelt werden.

Planungs- und Umsetzungsprozesse integral gestalten

Es braucht geeignete integrale Arbeitsweisen und Kommunikationsformen. Planungsprozesse sollten in einer Beratungsphase Null frühzeitig kommunikativ unterstützt werden. Darüber hinaus ist angemessene Kommunikation, Konfliktmanagement und die Integration bürgerschaftlichen Engagements von der Konzeption bis zur Umsetzung notwendig. Insgesamt sollte die Prozessebene gestärkt und integrale Arbeitsweisen etwa durch geeignete Kooperationsmodelle oder Querschnittskoordinierte Gruppen etabliert werden.

Digitalisierung nutzen

Zudem muss stärker auf die Digitalisierung gesetzt werden. Es gibt bereits wichtige Tools, die noch zu wenig Anwendung finden. Die Nutzung der Digitalisierung etwa über digitale Zwillinge oder anderer Datenerhebungen kann helfen, Hemmschwellen abzubauen, Argumente zu liefern und einen niedrigschwelligeren Zugang zu verschiedenen Themen zu ermöglichen

Maßnahme: Regenwasser als Ressource wertschätzen – Perspektivwechsel im Wasserhaushaltsgesetz verdeutlichen

Im Wasserhaushaltsgesetz wird Regenwasser einmal gefasst als Abwasser definiert. Es bedarf eines Perspektivwechsels: Regenwasser ist eine wertvolle Ressource für die Hitze- und Dürrevorsorge. Die Wertschätzung von Regenwasser als Ressource muss sich auch sprachlich abbilden und in der Folge auch gesetzlich und instrumentell neu verankert werden.

- In der Diskussion wurde betont, dass die vorgeschlagenen Änderungen im Wasserhaushaltsgesetz (WHG) einen grundlegenden Perspektivwechsel darstellen würden. Eine neue Definition des Abwassers als Ressource könne auch der Gestaltung multifunktionaler Flächen zugutekommen (z.B. Vermeidung von Einzäunungen). Bisher ist die räumliche Integration von Regenwasserrückhaltebecken in Freiraumkonzepte als „Abwasseranlage“ schwierig. Mit der Botschaft wechselseitige Retentionslandschaften mit der Ressource Wasser zu gestalten, würde ein neues Selbstverständnis entstehen.
- Die stärkere Nutzung von Klarwasser (für Bewässerung von Stadtgrün, Entwicklung von Schwammlandschaften) sollte im Rahmen einer Gesetzesnovellierung WHG adressiert werden.
- Überprüfung von Regelungen (z.B. Abstand der Sohle von Entwässerungsanlagen zum Grundwasser führen dazu, dass die oberen 2 Meter drainiert werden müssen, damit eine dezentrale Regenwasserbewirtschaftung möglich ist. Diese sind aber für die Hitze- und Dürrevorsorge besonders relevant, da Durchwurzelung von Bäumen überwiegend hier erfolgt).
- Der Begriff des Grundwassers (z.B. für oberflächennahes Schichtenwasser) sollte in diesem Zusammenhang überprüft werden.
- Im Rahmen der Weiterentwicklung der Stadtstraßenregelwerke (z.B. RAST 06) werden derzeit Lösungen für Grün-Blau entwickelt, etwa durch Multifunktionsstreifen oder die Entsiegelung von Parkflächen.
- Die EU-Wiederherstellungsverordnung als starker politischer Treiber.
- Stärkere Fokussierung auf die Rolle von Pflanzen bei naturbasierten Regenwasserlösungen.

Maßnahme: Untergrund als Thema in den Fokus nehmen

Die Maßnahme zielt darauf ab, den Untergrund als begrenzten und multifunktionalen Raum stärker in den Fokus integrierter Stadtplanung zu rücken, um seine Bedeutung für Stadtgrün, Wasserhaushalt und Klimaanpassung zu berücksichtigen und nachhaltig zu entwickeln. Nutzungskonkurrenzen an der Oberfläche setzen sich in den Untergrund fort.

- Das Thema Boden mit Bezug zum Stadtgrün – Bodenwasserhaushalt – Hitze- und Dürrevorsorge müsste konkreter gefasst werden. Das Bundes-Bodenschutzgesetz adressiert bisher die Hitze- und Dürrevorsorge nicht offensiv (Kühlwirkung, Versorgung der Stadtvegetation mit Wasser) Es wurde begrüßt, dass der Themenbereich aufgegriffen wurde, allerdings müssen hierbei auch Bodenschutzaspekte berücksichtigt werden.
- Die bestehenden Abstandsregelungen von 2,50 m nach den unterschiedlichen Regelwerken (DIN, DWA, FLL, FGSV) zwischen Bäumen und Leitungen wurde als großer „Bremser“ und „Kostentreiber“ für die klimagerechte Straßenraumgestaltung im Bestand kritisiert. Insbesondere in verdichteten Stadtgebieten müsste der unterirdische Straßenraum gezielt genutzt werden, um mehr Grün und Bäume zu integrieren. Dafür bedarf es einer Neubewertung und Neuaufteilung der Funktionen im Untergrund. Im Umgang mit

Leitungen und Bäumen wurde zu mehr Pragmatismus aufgerufen, damit natürlicher Klimaschutz gelingt. Ein engerer Dialog mit Leitungsträgern und Straßenplanern und Straßenplanerinnen wird angeregt.

Maßnahme: Abflussarme Stadtquartiere als Ziel der Stadtentwicklung verankern

Die Maßnahme adressiert das Ziel, möglichst abflussarme Stadtquartiere zu entwickeln, in welchen Regenwasser nicht mehr abgeleitet sondern in Annäherung an den potenziell natürlichen Wasserhaushalt nach Schwammstadtprinzipien zurückgehalten und genutzt wird.

- Zentrale Hinweise der Diskutierenden regten dazu an, hier neben Neubau auch den Bestandsumbau dezidierter zu adressieren. In die Maßnahme integriert werden könnte das Instrument der gebietsbezogenen Wasserhaushaltsbilanzierung (vgl. Impulsvortrag Peter Heiland), um klare und überprüfbare Ziele und Zielwerte für Planungen und Genehmigungen verbindlich zu definieren. Hierzu könnte auch die Einführung eines kommunalen Gesamtkonzeptes oder Fachplanes „wassersensible Siedlung“ (siehe auch Kap. 4 der LAWA-Strategie) ein hilfreiches Instrument sein, dass dann bei städtebaulichen Entwicklungen und Quartierskonzepten Berücksichtigung fände.
- Es wurde darauf hingewiesen, dass dezentrale Lösungen passend für die Maßstäblichkeit etwa auf Gebäudeebene, um Ressourcen zu schonen.
- Die Benennung wurde von „abflusslose Quartiere“ in „abflussarme Quartiere“ angepasst, um Aspekte des natürlichen Wasserhaushalts mit Abflussanteilen zum Grundwasser und in Oberflächengewässer abzubilden. Wie die knappe Ressource Wasser verteilt wird, ist ortsspezifisch festzulegen.

Maßnahme: Ermöglichung grundstücksübergreifender Lösungen (GÜL) für die Regenwasserbewirtschaftung

Grundstücksübergreifende Lösungen (GÜL) der Regenwasserbewirtschaftung bieten Möglichkeiten, die auf einzelnen Grundstücken oft nicht realisierbar wären. Sie ermöglichen eine flexiblere und effizientere Bewirtschaftung von Regenwasser und können gleichzeitig zur Grundwasseranreicherung und besseren Bewässerung des Stadtgrüns beitragen, etwa durch die Nutzung des Regenwassers von Plätzen und Wegen zur Grünbewässerung in Parks oder die Nutzung privaten Dachwassers zur Bewässerung von Straßenbäumen.

- Grundsätzlich wurde angemerkt, dass bei der Umsetzung von GÜL noch sehr große Umsetzungsbarrieren aufgrund des übergreifenden, komplexen Charakters besonders auch beim Umbau im Bestand bestehen. Da hier auch private und wohnungswirtschaftliche Akteure betroffen sind, bedarf es Hilfestellungen, um GÜL auch auf nichtöffentlichen Flächen auszubauen und instrumentell umzusetzen (vertragliche Regelungen, Baulast Regenwasserbewirtschaftung, öffentliches und privates Regenwasser).

- Geprüft wird, bei welcher Maßnahme Anreize und Unterstützungsmöglichkeiten bei Finanzierung und Pflege etwa von komplexen Regenwasserlösungen als Maßnahme aufgenommen wird (ggf. bei Agenda-Thema „Grün-blau kompetent“)
- Im Weiteren zu prüfen wären Festsetzungsmöglichkeiten in der Bauleitplanung, in kommunalen Satzungen zur Regenwasserbewirtschaftung oder Freiraumsatzungen wie etwa zur Begrenzung von Abflussspenden und Erweiterungen grundstücksübergreifender Lösungen auch im Hinblick auf Änderungen baulicher Anlagen im Bestand.

Maßnahme: Starkregenvorsorge und Regenwassernutzung gemeinsam anpacken. Anreize für eine klimaresiliente Regenwasserbewirtschaftung

Die dezentrale Regenwasserspeicherung kann dazu beitragen, Hochwasserspitzen abzufedern, indem sie Wasser zwischenspeichert und zeitverzögert abgibt. Gleichzeitig kann das gespeicherte Wasser zur Bewässerung oder für andere Zwecke genutzt werden, wodurch der Trinkwasserverbrauch reduziert wird und zunehmenden Trockenheits- und Dürreerisiken des Stadtgrüns vorgebeugt wird.

- Es wird herausgestellt, dass für die Kombination von Starkregenvorsorge und Regenwassernutzung möglichst naturbasierte Lösungen für eine bessere Wasserversorgung des Stadtgrüns angewandt werden sollten anstelle von technisch aufwendigen Systemen. Der Fokus sollte klar auf die Bewässerung im Sinne der Trockenheitsvorsorge gelegt werden und in Annäherung an einen natürlichen Wasserhaushalt auch Ziele für Rückhalt und Verdunstung definieren.
- Darüber hinaus sind Regenwasser aber auch Grauwasser auch Ressourcen, die für Gebäudenutzungen verwendet werden kann. Insgesamt sollten naturbasierte Lösungen dezentraler Regenwasserbewirtschaftung als Grundausstattung der Grün- und Freiraumentwicklung etabliert werden.
- Gleichzeitig gilt es, das Gestaltungspotenzial blau-grüner Maßnahmen besser bekannt zu machen; beispielsweise durch die Sammlung und Darstellung guter Beispiele. Es wurde jedoch auch darauf hingewiesen, dass Extremereignisse durch naturbasierte Regenrückhaltelösungen nicht abzudecken sind.

Maßnahme: Stadtgrün und urbane Landschaften bewässern mit Klar- und Betriebswasser

Regenwasser fällt periodisch an, Klarwasser und Betriebswasser aus Klärwerken und Haushalten steht kontinuierlich über das Jahr zur Verfügung. Bei zunehmender Konkurrenz um das Trinkwasser gewinnt diese Ressource an Bedeutung. Die Wiederverwendung von Wasser für Stadtgrün, Hitze- und Dürrevorsorge ist eine Strategie, die aus ihrem bisherigen Nischendasein weiterentwickelt werden sollte.

- Die Ressourcenschonung muss verpflichtend werden – nicht nur als ökologisches Ziel, sondern als notwendige Maßnahme zur langfristigen Sicherung lebenswerter urbaner Räume und im Sinne der Kreislaufwirtschaft.

- Ein zentraler Hebel ist die Neudefinition der Rolle der Entwässerungsbetriebe: Statt ausschließlich für die Ableitung von Regen- und Abwasser zuständig zu sein, sollten sie zu Bewässerungsbetrieben werden, die aufbereitetes Betriebswasser für Grünflächen bereitstellen. Dies erfordert eine klare Neuordnung der Zuständigkeiten, da Entwässerungsbetriebe bisher oft nur auf ihre jeweiligen Kernbereiche fokussiert sind, während Stadtgrün in einer anderen kommunalen Zuständigkeit liegt.
- Ein Umdenken ist auch in der Praxis der Stadtgrünbewässerung notwendig. Besonders in der Anfangspflege von Bäumen und Grünanlagen ist eine Bewässerung essenziell. Hier braucht es angepasste Bewässerungskonzepte, die nicht nur Trinkwasser sondern verstärkt Regen- und Betriebswasser nutzen. Die Frage nach der Priorisierung der Wasserverwendung ist dabei entscheidend (Preisgestaltung Trinkwasser, Klarwasser, Betriebswasser).

Maßnahme: Schwammlandschaften entwickeln

Landschaften wurden in den letzten Jahrzehnten entwässert und trockengelegt. Nach den Naturkatastrophen infolge des schnellen Abflusses des Regenwassers durch Drainagen und Entwässerungsgräben setzt ein Umdenken ein. Wasser sollte in der Landschaft für die Überflutungs-, Hitze- und Dürrevorsorge zurückgehalten werden.

- Die Entwicklung von Schwammlandschaften sollte nicht nur auf die Landschaftsräume an den Rändern der Städte bezogen werden, sondern auch auf innerstädtische Landschaften (Arbeiten in Wassereinzugsgebieten).
- Schwammlandschaften müssen als Teil eines gesamten urbanen Landschaftssystems verstanden werden. Die Transformation von einmal entwässerten Landschaften bedarf aufgrund der Trägheit der Landschaftsveränderung eine breit angelegte Strategie, in die die Akteure (Land- und Forstwirtschaft, Wasser- und Bodenverbände, usw.) eingebunden werden.
- Ein bewährtes Beispiel für nachhaltiges Wassermanagement ist die traditionelle Wiesenbewässerung, deren Prinzip lässt sich auf moderne Schwammlandschaften übertragen.
- Schwammlandschaften sind dabei nicht nur eine technische, sondern auch eine gesellschaftliche Herausforderung. Sie erfordern ein Umdenken im Umgang mit Wasser, eine Stärkung der kommunalen Handlungsfähigkeit und die Bereitschaft, Raumentwicklung neu zu denken.

Weitere vorgeschlagene Maßnahmen

Ergänzend wurden folgende Themen identifiziert, die in der Agenda Grün-blau adressiert werden sollten:

- Gebietsbezogene Wasserhaushaltsbilanzierung
- Prozessgestaltung verbessern und Phase 0 als Wissensmaschine/ Think Tank etablieren. Es braucht konkrete und neue Kooperationsmodelle und Querschnittskordinierungsgruppen (Zuordnung zu einem anderen Fokusthema)
- Finanzierungsmöglichkeiten & Flächenverfügbarkeiten (Vorkaufsrechte für Städte)

- Es wurde geprüft, inwiefern diese neu vorgeschlagenen Themen/ Maßnahmen in die sieben bereits vorgeschlagenen Maßnahmen integriert, neu aufgenommen oder auch als Querschnittsthema in ein anderes Fokusthema der in Arbeit befindlichen Agenda Grün-Blau aufgenommen werden. Entsprechend der im Workshop herausgearbeiteten Themen und Hinweise wurde die Agenda überarbeitet.

Wir danken allen Teilnehmenden für die Mitarbeit

Andreas Giga (KlimaWerk), Rüdiger Dittmar (GALK), Peter Heiland (Infrastruktur und Umwelt), Stefanie Weiner (Infrastruktur und Umwelt), Lea Nollen (FLL), Melanie Grabsch /Bundesarchitektenkammer), Nathan Obermaier (UBA), Andreas Vetter (UBA), Grit Diesing (Regenwasseragentur Berlin), Jan Hendrik Trapp (Difu), Ulf Jacob (DBU), Tim Bagner (Deutscher Städtetag), Sven-Martin Nielsen (FGSV), Julia Schrade (Junge DWA), Stefan Brückmann (FBR), Michael Richter (HCU), Diana Nenz (BMUV), Stephan Lenzen (BDLA), Constantin Suppee (Stadt Leipzig), Linda Schumacher (BMWSB), Lara Steup (BMWSB), Stefanie Haury (BBSR), Fabian Dosch (BBSR).

Impressum

Begleitagentur und Forschungsassistenz zum Forschungsprojekt Agenda Stadt grün-blau im Auftrag des Bundesministeriums für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB) und des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR).

Team Agenda Stadt grün-blau
Urbanizers/bgmr landschaftsarchitekten/plan zwei
c/o Urbanizers eG Nordufer 15 13353 Berlin
stadtgruen@urbanizers.de



urbanizers 

 bgmr. Landschaftsarchitekten

 plan
zwei